



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 15.2.2022
C(2022) 804 final

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 15.2.2022

**über die Einzelmaßnahme als Beitrag zu den Garantievereinbarungen für übertragene
vorgeschlagene Investitionsprogramme**

BESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 15.2.2022

über die Einzelmaßnahme als Beitrag zu den Garantievereinbarungen für übertragene vorgeschlagene Investitionsprogramme

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV),

gestützt auf die Verordnung (EU) 2021/947 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juni 2021 zur Schaffung des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit — Europa in der Welt, zur Änderung und Aufhebung des Beschlusses Nr. 466/2014/EU und zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2017/1601 und der Verordnung (EG, Euratom) Nr. 480/2009 des Rates¹ (im Folgenden „Instrument“), insbesondere auf Artikel 23 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Um auf die COVID-19-Krise zu reagieren und die sozioökonomischen Folgen der Pandemie zu bewältigen, wurde es als notwendig erachtet, 400 Mio. EUR von „vorgeschlagenen Investitionsprogrammen“ (Proposed Investment Programmes – PIPs), die im Rahmen des Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung (EFSD) genehmigt wurden, auf die COVAX-Fazilität zu übertragen.
- (2) Für bestimmte wichtige PIPs, die ursprünglich 2020 im Rahmen des EFSD unterzeichnet werden sollten, wurde im Einklang mit der Stellungnahme des EFSD-Exekutivausschusses eine Übertragung auf den EFSD+ vorgeschlagen.
- (3) Die Ziele dieser PIPs stehen mit jenen des Instruments im Einklang und erfüllen die Förderfähigkeitskriterien in Artikel 35 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/947. Die Finanzierungen und Investitionen der übertragenen PIPs entsprechen den in den jeweiligen Programmplanungsdokumenten genannten Prioritäten für die Programmplanung.
- (4) Daher ist es gerechtfertigt, diese Maßnahme anzunehmen, um die wirksame Durchführung von EFSD+-Vorhaben zu ermöglichen, die durch Haushaltsgarantien abgedeckt sind.
- (5) Durch die Unterzeichnung von Garantievereinbarungen für übertragene PIPs sollen die Ziele der in Anhang V der Verordnung (EU) 2021/947 genannten prioritären Bereiche erreicht werden.
- (6) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme trägt zur systematischen Einbeziehung von Klimaschutzberücksichtigungen im Einklang mit dem Europäischen Grünen Deal und der Interinstitutionellen Vereinbarung bei.

¹ ABl. L 209 vom 14.6.2021, S. 1.

- (7) Diese Maßnahme ist kein Finanzierungsbeschluss im Sinne des Artikels 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046, sondern ist als Ergänzung der einschlägigen Finanzierungsbeschlüsse² und ihrer Nachfolgebeschlüsse zu sehen.
- (8) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 AEUV erlassenen restriktiven Maßnahmen³ festgelegt sind.
- (9) Gemäß Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2021/947 wird die Maßnahme im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchgeführt.
- (10) Da die Kommission in Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, sicherstellen muss, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 154 Absatz 3 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 vorgesehenen Maße geschützt sind, wählt sie die förderfähigen Gegenparteien gemäß Artikel 154 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 aus.
- (11) Die im vorliegenden Beschluss vorgesehene Maßnahme steht im Einklang mit der Stellungnahme des nach Artikel 45 der Verordnung (EU) 2021/947 eingesetzten Ausschusses für das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit —

BESCHLIEßT:

Artikel 1
Die Maßnahme

Die im Anhang festgelegte Einzelmaßnahme zu Garantievereinbarungen für aus dem EFSD übertragene vorgeschlagene Investitionsprogramme wird angenommen.

Artikel 2
Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Stellen oder Personen

Die Maßnahmen, die nach Maßgabe des Anhangs in indirekter Mittelverwaltung umgesetzt werden, können Stellen oder Personen anvertraut werden, die unter Nummer 4.3.2 des Anhangs genannt sind oder nach den dort festgelegten Kriterien ausgewählt wurden.

Brüssel, den 15.2.2022

Für die Kommission
Jutta URPILAINEN
Mitglied der Kommission

² Beschluss C(2021) 9924 über die Finanzierung des Beitrags der Union zur Mittelausstattung des Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung Plus für die Jahre 2021-2027, Beschluss der Kommission über die Finanzierung des mehrjährigen Aktionsplans zugunsten der NDICI-Region östliche Nachbarschaft Teil 2 für das Jahr 2021 (noch anzunehmen) und Beschluss der Kommission über das Jahresaktionsprogramm 2021 der Nachbarschaftsinvestitionsplattform (NIP) für die südliche Nachbarschaft (noch anzunehmen).

³ Die Liste restriktiver EU-Maßnahmen (Sanktionen) ist der www.sanctionsmap.eu zu entnehmen. Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt (ABl.) veröffentlichten Rechtsakten. Das Amtsblatt der Europäischen Union ist die authentische Quelle des EU-Rechts und hat im Falle von Widersprüchen Vorrang vor der Sanktionskarte.